

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Vogt (Kaiserslautern) und der Fraktion
DIE GRÜNEN**
— Drucksache 10/2599 —

Atomminen-Schächte in/bei Geesthacht

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der
Verteidigung hat mit Schreiben vom 19. Dezember 1984 im
Namen der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beant-
wortet:*

1. Ist die Erkenntnis der GRÜNEN richtig, daß sich entlang der B 5 in und bei Geesthacht Sprengschächte befinden, welche unter Kanaldeckeln angebracht sind?
7. Hält die Bundesregierung es für nötig, die Bevölkerung in und bei Geesthacht über Lage und Funktion der dort befindlichen Sprengschächte sowie über die Art der dort ggf. zu installierenden Sprengsätze zu informieren? Wenn ja, auf welchem Wege wird dies geschehen bzw. ist dies bereits geschehen?

Die Lage von Sprengschachtanlagen unterliegt der Geheimhaltung. Im übrigen verweise ich auf meine Antwort vom 11. Dezember 1984 – Drucksache 10/2614 – zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 10/2498.

2. Ist die Erkenntnis der GRÜNEN richtig, daß diese Sprengschächte entlang der B 5 in und bei Geesthacht im Falle eines Vormarsches von Osten her mit Sprengsätzen bestückt werden sollen, unter denen auch Atomminen sein werden?

Ich verweise auf meine Antwort vom 11. Dezember 1984 – Drucksache 10/2614 – zu Frage 7 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 10/2498.

3. Welchen strategischen Zweck sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die Sprengschächte entlang der B 5 in und bei Geesthacht erfüllen?

Ich verweise auf meine Antwort vom 11. Dezember 1984 – Drucksache 10/2614 – zu den Fragen 2 und 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 10/2498.

4. Ist es aus der Sicht der Bundesregierung tragbar, wenn zum Zwecke der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, also vorrangig der Bevölkerung, ein großer Teil der 60 Millionen Menschen geopfert würden?
5. Hält die Bundesregierung eine Verteidigungspolitik für glaubwürdig, bei der große Teile der Bevölkerung geopfert werden müßten?

Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland dient dem Schutz der Bevölkerung.

6. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Pläne, die Sprengschächte entlang der B 5 in und bei Geesthacht zuzubetonieren?

Der Bundesregierung sind derartige Pläne nicht bekannt.